WB-EZ-01/1

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	09.04.2017

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 41 bis 46:
Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier ~~europäischen Grundfreiheiten~~Grundfreiheiten der EU, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für ~~Europäerinnen und Europäer~~EU-Bürger*innen geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft

Von Zeile 48 bis 51:
Wir wollen ~~Europa~~die EU zusammenhalten. Wir wissen, das wird nicht einfach. Denn die Differenzen innerhalb der Europäischen Union sind groß. Auch wir waren frustriert, dass nur wenige andere ~~europäische~~ EU-Mitgliedsstaaten bereit waren, eine solidarische Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Auch wir sind entsetzt, wie mitten in Europa, etwa in Ungarn oder Polen, die

Von Zeile 55 bis 57:
vieler nationaler Regierungen. Das gilt ebenso für die deutsche Bundesregierung. Wir glauben, dass wir ~~Europa~~die EU wieder zusammenbringen können, wenn Deutschland bereit ist, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder bei Fragen der inneren und

Von Zeile 63 bis 70:
immer noch Millionen von Jugendlichen ohne Job und Perspektive. Die Große Koalition beharrt auf einer einseitigen Sparpolitik und vertieft damit die Spaltung ~~Europas~~der EU. Wir brauchen einen ~~europäischen~~ Paradigmenwechsel in der EU – weg von Austerität hin zu mehr Zukunftsinvestitionen. ~~Europa~~Die EU braucht endlich einen ausgewogenen Dreiklang aus Investitionen, Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung.

Dafür schlagen wir Grünen einen Pakt für nachhaltige Investitionen vor, unseren Green New Deal für ~~Europa~~die EU. Damit investieren wir in die soziale und ökologische Erneuerung der europäischen Wirtschaft. Wir bringen eine starke Klima- und Energieunion voran, unterstützen

Von Zeile 74 bis 77:
und Datennetze, Forschung, Kulturaustausch und Jugendprogramme. Der Green New Deal wird auch für junge Menschen Ausbildungsplätze und Jobs schaffen. Junge Menschen überall in ~~Europa~~der EU sollen wieder spüren, dass ~~Europa~~die EU sie nicht alleine lässt. Das finanzieren wir über einen Zukunftsfonds, der durch Mittel aus einem europäischen Steuerpakt gespeist wird. Der Pakt

Von Zeile 87 bis 93:
~~Europas~~Die Demokratie in der EU lebt vom Mitmachen, Mitentscheiden, Sicheinbringen und Einmischen. Die EU ist demokratisch legitimiert. Aber wie jede Demokratie hat sie Schwächen, die wir abbauen wollen. Wir Grünen engagieren uns deshalb auch auf ~~europäischer~~ EU-Ebene für mehr Beteiligung und transparente Prozesse. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das ~~e~~Europäische Parlament sind zu wenig in ~~europäische~~ Entscheidungen der EU einbezogen, weil sie nur zwischen den Regierungen fallen. Das wollen wir ändern. Der zentrale Ort ~~europäischer~~von Entscheidungen der EU soll das Europäische Parlament sein. Dazu muss es eigene Gesetzesvorschläge einbringen können.

Von Zeile 99 bis 100:
sie leben, die vollen bürgerlichen Rechte genießen. Die Unionsbürgerinnenschaft sollte zu einer ~~europäischen~~ EU-Staatsbürgerinnenschaft fortentwickelt werden.

Von Zeile 107 bis 108:
Die ~~europäischen~~ Bürgerinnen und Bürger der EU erwarten zu Recht, dass die EU bei der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik mehr leistet, öfter mit einer Stimme spricht, mehr für

Von Zeile 155 bis 157:
Modernisierung und mehr soziale Gerechtigkeit. Damit setzen wir die europäische Jugendgarantie endlich um: Alle jungen ~~Europäerinnen und Europäer~~EU-Bürger*innen erhalten spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz.

In Zeile 159:
~~EU-~~Europäisches Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen

Begründung

Der Entwurf unterscheidet an sehr vielen Stellen nicht zwischen der EU und Europa. Das ist sprachlich unklar und gegenüber den europäischen Ländern, die nicht in der EU sind, anmaßend; zudem mindert diese Sprechweise das Bewusstsein dafür, dass die europäische Einigung nicht abgeschlossen ist, und befördert statt des Bestrebens, sie zu vollenden, eher eine Neigung, die Nicht-EU-Staaten als "nicht Europa" zu betrachten.